



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0003/2013		Datum:	14.01.2013			
Verfasser:	02-SPD-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
01.02.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	TOP	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
		öffentlich					
Betreff:	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Buslinie 27						

Beschlussentwurf:

Der Rat möge beschließen,
die Verwaltung wird beauftragt, alle ihr möglichen Schritte zu ergreifen, damit das ÖPNV-Angebot der Linie 27 (Koblenz Hbf - Asterstein) vom Betreiber dem Standard des KEVAG-Angebotes angepasst und, falls noch nicht vorhanden, ein Pflichtenheft erstellt und auf dessen Einhaltung geachtet wird. Bei Veränderungen wird die Verwaltung ihre Kenntnisse in geeigneter Form dem Rat unterbreiten.

Begründung:

Seit Jahrzehnten gibt es Beschwerden darüber, dass die ÖPNV-Linie 27 nicht den Standard bietet, der im übrigen ÖPNV-Netz der Stadt Koblenz üblich ist. In den vergangenen Jahrzehnten wurden im Rat immer wieder Anträge gestellt darauf hinzuwirken, dass die einzige innerstädtische Linie, die nicht von der KEVAG betrieben wird, endlich auch in deren Zuständigkeit fällt.

Bisher waren nur nach massiven Beschwerden temporäre punktuelle Verbesserungen im Leistungsangebot der Linie 27 zu verzeichnen. Gravierende Verspätungen sind bei dieser Linie an der Tagesordnung, oder Busse fallen ganz aus, sodass Fahrgäste, die auf Anschlussverbindungen von Bahnen und Bussen angewiesen sind, die Linie 27 nur eingeschränkt nutzen können. Vielfach ist das eingesetzte Fahrpersonal nur bedingt der deutschen Sprache mächtig und überfordert, eine angemessene ÖPNV-Leistung zu erbringen. Beschwerden werden seitens des Betreibers dadurch abgewimmelt, dass Beschwerdeführer bei einer automatisierten „Telefonbox“ in eine Warteschlange gelangen. Dadurch ist es für den Betreiber relativ einfach, Vorhaltungen der VRM mit der Aussage, dass ihm keine Beschwerden vorlägen, zu begegnen. Von diesen seit Jahren unhaltbaren Zuständen müssten die damit betrauten Stellen Kenntnis haben. Dennoch wurde gegen Ende des letzten Jahres bekannt, dass der Betreiber wiederum eine Konzessionsverlängerung bekam. Da die Stadt als Aufgabenträger des ÖPNV bei einer Konzessionsverlängerung zu beteiligen ist, stellt sich die Frage, warum diese Mängel, die schon vielfach im Rat thematisiert wurden, nicht berücksichtigt wurden und warum kein Ratsgremium von diesem Vorgang Kenntnis hatte.